



Martin Patzelt MdB



Liebe Freunde,
liebe Leserinnen
und Leser,
in dieser Woche haben wir
den Haushalt für das kom-
mende Jahr verabschiedet.
Er umfasst 356,4 Milliar-
den Euro. Dank der guten
Konjunktur sowie dank um-
sichtiger und zukunftsori-
entierter Budgetplanung
kommen wir jetzt schon
zum fünften Mal ohne
neue Schulden aus. Der
Etat für den Bereich Fami-
lie, Senioren, Frauen und
Jugend ist mit 10,4 Milliar-
den so groß wie noch nie.
Für mich besonders erfreu-
lich ist die Aufstockung des
Bereiches Freiwilligen-
dienste um insgesamt 65
Millionen Euro.
Für den Bundesfreiwilligen-
dienst (BFD) stellen wir 40
Mio. Euro zusätzlich bereit
und schaffen damit u.a.
2.000 Freiwilligen-Stellen
beim Technischen Hilfs-
werk (THW). Für die weite-
ren Freiwilligendienste
(FSJ, FÖJ) stehen 25 Mio.

Euro zusätzlich zur Verfü-
gung.

Neben dem Kindergeld,
das im Sommer um zehn
Euro pro Monat erhöht
wird, ist das Elterngeld ei-
ne wichtige Säule unserer
familienpolitischen Lei-
stungen. Dieses Instrument
erfährt einen Aufwuchs
um 190 Millionen auf 6,8
Milliarden Euro. Um mehr
Erzieherinnen und Erzieher
für Kindertagesstätten und
Horte zu gewinnen, erhält
die Fachkräfteoffensive in
den nächsten beiden Jah-
ren 30 Millionen Euro zu-
sätzlich. Neu eingerichtet
wird nach den Vorbildern
des Deutsch-Franzö-
sischen und des Deutsch-
Polnischen Jugendwerkes
ein Deutsch-Israelisches
Jugendwerk.

Die Bekämpfung von Extre-
mismus jedweder Couleur
ist mir ein großes Anliegen.
Darum ist es gut, dass wir
das Programm „Demokra-
tie leben!“ auch im kom-
menden Jahr fortsetzen.

Hierfür sind 115 Millionen
Euro vorgesehen. Wichtig ist,
dass wir trotz aller notwendi-
gen Bekämpfung des
Rechtsextremismus den
Linksextremismus und den
religiös bedingten Fanatis-
mus nicht aus den Augen
verlieren.

Besonders freut es mich,
dass der Verband kinderrei-
cher Familien im kommen-
den Jahr in den Genuss ei-
ner Förderung kommt. Der
Verband vertritt die Interes-
sen von 1,2 Millionen kinder-
reichen Familien in unserem
Land und ist mit zahlreichen
Projekten insbesondere zur
Stärkung von Mehrkindfami-
lien in angespannten Le-
benssituationen bzw. mit
hohem Unterstützungsbe-
darf aktiv.

Viel Freude beim Lesen
Eine anregende Lektüre
wünsche ich Ihnen.

Herzlichst Ihr

Besuch aus meinem Wahlkreis



Am Donnerstag empfing
ich wieder Besucher aus
meinem Wahlkreis.

Wir diskutierten intensiv
über bürgerschaftliches
Engagement und darüber,
dass die wertvolle Unter-
stützung der Freiwilligen in
unserer Gesellschaft heu-
te nicht mehr wegzuden-
ken ist.

Nr. 21/
19. WP
23. No-
vember
2018

Martin Patzelt, MdB

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Oleksii Kysliak
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746
martin.patzelt.ma05@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Oleksii Kysliak
Beeskowerstr. 114
15890 Eisenhüttenstadt
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746

Wahlkreisbüro Beeskow

Breite Straße 40
15848 Beeskow
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746

Sie können den Newsletter direkt über die Homepage abonnieren, oder senden Sie uns eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Äußere und Innere Sicherheit werden gestärkt

Die innere Sicherheit hat für die Unionsfraktion hohe Priorität. Der Haushalt 2019 sieht deshalb für Personal, Ausstattung und Förderprogramme Mittel in Rekordhöhe vor. Die Sicherheitsbehörden erhalten ab Januar zusätzlich 3.120 Stellen. Zur Stärkung der Äußeren Sicherheit fließen außerdem mehr Mittel in die Bundeswehr. Für Beschaffungsvorhaben stehen dann 350 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung.

Aber auch der Zoll bekommt mehr Personal. Insgesamt wird die Zollverwaltung 2019 mit 775 zusätzlichen Stellen gestärkt. Davon entfallen 351 auf die Mindestlohnkontrolle, 328 auf die Kontrolle an den internationalen See- und Flughäfen sowie in den sicherheitsrelevanten Bereichen der Zollverwaltung. 76 weitere Stellen erhält die Financial Intelligence Unit (FIU) zur Bekämpfung von Geldwäsche.

„Pakt für den Rechtsstaat“

Auch bei dem "Pakt für den Rechtsstaat" geht es voran: 24 Stellen entstehen für den Bundesgerichtshof, 37 Stellen für den Gene-

ralbundesanwalt. Zusätzlich werden 64 Millionen Euro für geschützte Fahrzeuge der Bereitschaftspolizeien der Länder und 100 Millionen Euro zusätzlich für Fahrzeuge der Freiwilligen Feuerwehren für den zivilen Katastrophenschutz bereitgestellt.

Das KfW-Programm „Kriminalprävention durch Einbruchsicherung“ wird mit Fördermitteln von 80 Millionen Euro fortgesetzt. In den vergangenen drei Jahren sind den Angaben der KfW zufolge rund 200.000 Wohneinheiten mit einem Fördervolumen von insgesamt 96 Millionen Euro sicherer gemacht worden. Das Programm wird gut nachgefragt und erreicht viel für die persönliche Sicherheit und den Schutz des Eigentums. Die kontinuierliche Fortsetzung des Programms auf Drängen der Union ist daher die richtige Schlussfolgerung.

Stärkung der Krisenprävention

Auch der Verteidigungsetat wächst 2019 stärker als zuvor. Denn die Bundeswehr kann ihren Aufgaben in der Landes- und Bündnisverteidigung nur dann gerecht werden, wenn sie auch die dafür notwendige Ausrüstung und Ausstattung erhält.

Mit den vorgesehen 43,2 Milliarden Euro sollen unter anderem Schiffe und Transporthubschrauber beschafft werden.

In den parlamentarischen Beratungen zum Haushalt 2019 wurden zudem weitere 700 Millionen Euro für das Auswärtige Amt und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) beschlossen. Damit werden die Mittel für Krisenprävention, humanitäre Hilfe, auswärtige Kultur- und Bildungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit erhöht. Für die humanitäre Hilfe im Ausland stehen damit dem Auswärtigen Amt insgesamt 1,58 Milliarden Euro zur Verfügung.

Durch den Mittelaufwuchs von 520 Millionen Euro leistet das BMZ einen wichtigen Beitrag zur Erfüllung des Koalitionsvertrages. Damit wird unser Land seiner gestiegenen internationalen Verantwortung in der Welt gerecht. So haben wir die Zusage von Bundeskanzlerin Angela Merkel auf dem Afrika-Gipfel in der vergangenen Woche direkt umgesetzt. Für den Entwicklungsinvestitionsfonds mit Afrika stehen jetzt 100 Millionen Euro bereit.